

Herbert Kohlmaier

„DAS BÜRGERLICHE LAGER
SETZTE VIEL ZU SEHR AUF
ABWEHR, WAR ZU OFT FEIGE
UND DACHTE EGOISTISCH“



Herbert Kohlmaier, geboren am 29. Dezember 1934, Jurastudium, 1957 Promotion zum Dr. jur., Direktor der Pensionsversicherungsanstalt, Tätigkeit in der Arbeiterkammer und der Sozialversicherung, Vertreter der ÖVP-Arbeitnehmerpolitik, 1969–1988 Mitglied des Nationalrats, 1971–1975 ÖVP-Generalsekretär, 1978–1987 Bundesobmann des ÖAAC, 1971–1975 Vizepräsident der EUCD, Volksanwalt der Republik Österreich bis 1995.

Das Interview fand am 15. Juli 2010 in Wien statt und wurde geführt von Johannes Schöninger.

Herr Kohlmaier, welchen Stellenwert nahm die internationale Kooperation im Rahmen der Gesamtpartei ein? Trifft es zu, dass eine Partei in Opposition ein größeres Interesse an einer „Parteiaußenpolitik“ hat, als eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt?

In der ÖVP wurde der Wert dieser Form von Zusammenarbeit erst allmählich entdeckt, also von freundschaftlichen Kontakten zur Gemeinsamkeit voran bewegt. Die Frage der Regierungsbeteiligung spielte nur insofern eine – wenn auch nicht unwichtige – Rolle, als Regierungsarbeit die Kräfte absorbiert, während man in der Opposition mehr Gelegenheit und Freiraum hat, über die engen Grenzen hinaus zu blicken. Für mich als ÖVP-Generalsekretär ist dazu in Erinnerung geblieben, dass es zwar ab 1970/71 gesellschaftliche Zusammentreffen zwischen den christdemokratischen europäischen Parteien gab sowie allgemein gehaltene Gespräche und freundliche Einladungen, jedoch eine wirkliche politische Arbeit Anfang der 1970er Jahre unterentwickelt geblieben war. Natürlich besuchten wir Parteitage der deutschen, italienischen,

belgischen oder holländischen Parteien. Wir waren auch in Brighton bei den Parteitagen der englischen Konservativen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie Margaret Thatcher zur Parteivorsitzenden gewählt wurde. Die Vorbehalte im christdemokratischen Lager gegen die Politik der Tories waren ja stark, insbesondere als Margaret Thatcher das Kommando übernahm. Man glaubte sogar, zwei Gegner zu haben – einerseits den Sozialismus, andererseits das harte und hartherzige Denken der allein vom Wirtschaftsdenken geprägten Konservativen. Aber diese Mentalität schwand allmählich dahin, denn die Erkenntnis setzte sich durch, dass eine möglichst freie Wirtschaft die Basis für alle Sozialpolitik bieten muss – Stichwort Privatisierungen – und dass ihre Ver nachlässigung riesige Problem nach sich zieht. Das habe ich auch immer als Obmann des ÖAAB gesagt, was mir oft den Vorwurf eintrug, zu wirtschaftsfreundlich zu sein. Sonderlich intensiv darf man sich den Kontakt aber nicht vorstellen. Es ging um Höflichkeiten, um wechselseitige Präsenz. Eine gedeihliche politische Arbeit fand in dieser Hinsicht eigentlich nicht statt. Die Deutschen waren uns hier weit voraus, alleine wenn ich an das Arbeitsfeld der KAS denke. Ihre Ressourcen in personalpolitischer und auch ideologisch-politischer Hinsicht waren für uns damals in jeder Hinsicht beeindruckend. Wir haben zwar an Veranstaltungen und Studienreisen etc. teilgenommen, doch etwas Gleichartiges hatten wir damals nicht. Bei uns rangierte die internationale Arbeit unter „fernern lieben“. Dennoch: Nach der damaligen Kompetenzverteilung innerhalb der ÖVP war der Generalsekretär für die internationalen Kontakte zuständig und verantwortlich. Und nicht der Parteiobermann. Ich hatte damals Peter Diem¹³⁰ als Grundsatzreferent. Diem war auf dem internationalen Parkett enorm kompetent. Dazu kam seitens der Partei Alfred Stirnemann,¹³¹ der eine wesentliche Unterstützung in dieser Hinsicht dargestellt hat. Dass sich Stirnemann später doch mehr für eine andere, religiöse Richtung, wie „Pro Oriente“, engagierte, bedeutete für die internationale Arbeit der Partei einen Verlust. Anfang der 1970er Jahre war es schon ein bestimmtes Bild von Europa, das heißt selbstverständlich „Westeuropa“, in dem die bürgerlichen Parteien als sehr unterschiedlich empfunden wurden. Manche Parteifreunde in Europa

¹³⁰ | Peter Diem (geb. 1937), österreichischer Medienwissenschaftler, Organisationsreferent und Leiter der Abteilung Grundlagenforschung der ÖVP.

¹³¹ | Alfred Stirnemann (unbekannt–1998), österreichischer Politiker der ÖVP, 1993–1998 Präsident der Stiftung „Pro Oriente“, die versucht die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und orthodoxen Kirchen zu intensivieren.

wollten von anderen bürgerlichen Gruppen und Parteien nichts wissen. Beispielsweise wollten an den Tories in England die wenigsten „anstreifen“. Wir in Österreich dachten hier ganz anders. Für uns galten diese Vorbehalte nicht. Was uns im Übrigen oftmals vorgehalten wurde. „Ihr könnt doch nicht mit diesen und jenen!“, diese Sätze haben wir sehr häufig gehört. Generell war es das Problem, dass die christdemokratischen Parteien in Europa zu wenig die Notwendigkeit sahen, zusammenzurücken und zusammenzuarbeiten. Ich habe nie verstanden, wie man über solche Fragen wie „konservativ“ oder „christdemokratisch“ überhaupt so leidenschaftlich streiten kann. Es gab einen Hauptgegner – und das war die SI. Aus. Jede weitere Streiterei oder Auseinandersetzung, was man jetzt unter „bürgerlich“ versteht, schwächte uns unnötigerweise. Freilich können die Sozialisten und Sozialdemokraten heute von dieser Stärke nur träumen. Damals war die Linke in Europa viel geschlossener. Bei den Linken war der Kampf um die Macht mit seinen internationalen Dimensionen immer bedeutend, während das „bürgerliche Lager“ viel zu sehr auf Abwehr setzte, und oft zu feige und zu egoistisch dachte.

Die SI war trotzdem meiner Meinung nach immer ein viel überschätzter Mythos und verliert zunehmend auch diesen Charakter. Man war aber seitens der SI immer viel effizienter im Austausch von Informationen und bei der Abstimmung von Aktionen. Hier hat man auf der christdemokratischen Seite vieles nachholen müssen, wenn dies auch zögerlich erfolgte. Heute ist alles pragmatisch geworden. Die Lobbyisten in Brüssel lachen die Ideologen vielleicht aus – aber es gibt eine neue Entwicklung, die große Hoffnung macht: Im EP wird zunehmend grundsatzpolitisch gedacht und hier besteht erfreulicher Weise auch die Absicht, sich viel stärker und selbstbewusster einzubringen. Das nur als aktueller Bezug dazu. Einer innerhalb der ÖVP, der dieses Defizit immer erkannt und angesprochen hat, war Alois Mock. Mock war fast ein Rufer in der Wüste. Er erkannte, dass die bürgerlichen, christdemokratischen Gruppierungen nur geeint eine Chance haben, um sich auf dem internationalen Parkett gegenüber den Sozialisten zu behaupten. Die EVP war aber bekanntlich sehr unionsorientiert. In der EVP sollten ja nur die Parteien integriert sein, die auch Mitglieder der EWG, der EG, waren. Unserer Partei, aber auch vielen verdienstvollen Freunden und Parteien, die außerhalb der EG standen, war so der Weg der Mitsprache verbaut. Folglich war für uns die EUCD nach wie vor ein wichtiges politisches Instrument, was es auch bis 1978 geblieben ist. Erst dann war mit der Gründung der EDU eine neue Bühne geschaffen,

die den österreichischen Interessen wieder eine entsprechende Parteienvernetzung gab. Ich habe es sehr oft erlebt, dass eine wirklich distanzierte Stimmung auf Parteitreffen geherrscht hatte. Vertreter der CSU oder auch der italienischen DC haben oftmals mit konservativen Parteienvertretern das Gespräch generell verweigert. Für sie galten Engländer und andere als „Schmuddelkinder“. Und wir, die wir in dieser Frage weniger Berührungsängste oder eigentlich überhaupt keine hatten, wurden von so manchen christdemokratischen Parteien geradezu kritisch beargwöhnt. Das war ein ziemliches Problem. Im Übrigen war die damalige EUCD sehr stark dominiert von der DC. Die Italiener waren auch finanziell, das ist ja immer ein sehr wichtiger Punkt, dabei führend. In der Führungsgruppe der EUCD war Karl Hahn¹³² von der CDU der bestimmende Faktor. Hahn, leider auch schon verstorben, war später dann als Mitglied der Union ein einflussreiches Mitglied des EP. Mit Karl Hahn war ich sehr innig befreundet. Er war noch ein in der k.u.k. Monarchie geborener Sudetendeutscher, war ungeheuer gebildet und studierter Historiker. Hahn reiste in Europa kreuz und quer herum und warb für die Europa-Idee und für die Zusammenarbeit aller bürgerlichen Gruppierungen. Die DC hat, das sei nochmals gesagt, innerhalb der EUCD klar dominiert. Mariano Rumor war mehr als ein Generalsekretär der EUCD, nämlich ihr Präsident. Ein „Generalsekretär“ war dort viel mehr als ein bloßer Titel. Der Generalsekretär war der eigentliche politische Boss. Giulio Andreotti war die ganze Zeit über präsent und unheimlich rührig. Nur eines sei gleich gesagt: Es war bei der EUCD nicht allzu viel dahinter. Es war typisch italienisch. Viel „Trarirara“, betont lässig und zugleich elegant, aber eben nur Fassade. Ich erinnere mich an eine österreichische Journalistendelegation bei einem großen EUCD-Kongress in Italien. Da haben uns die Italiener also ihre Zentrale gezeigt. Außer einem Schreibtisch, einem Telefon und einem Fax war dort nichts in dem Zimmer. Ich möchte jetzt nicht die nationale italienische Politik an sich bewerten. Ihre internationale Politik war jedenfalls mehr Schein als Sein. Am intensivsten war freilich der Kontakt mit CDU und CSU. Da ist vor allem neuerlich von Hassel zu nennen. Ein ausgezeichneter Mann, sehr gebildet, sehr klug, weltgewandt und extrem kooperativ. Ich war als Generalsekretär der ÖVP in diesen Jahren 1971 bis 1975/76 durch die Oppositionsarbeit oft frustriert. Wir haben für die internationalen Kongresse mit großer Energie Arbeitspapiere, Konzepte etc. ausgearbeitet, die nachher nie wieder angesehen wurden.

¹³² | Karl Hahn (1901–1982), deutscher Politiker der CDU, 1953–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1958–1970 Mitglied des EP.

Wir Österreicher gehörten zu denjenigen, die immer wieder auf konkrete Ergebnisse gedrängt haben. Für viele andere war die EUCD eine nette Bühne, die internationales Flair verbreitet, ohne dass sich jemand wehtut oder gar allzu viel Arbeit übernehmen muss.

Die EUCD, deren Vizepräsident Sie waren, gilt im historischen Rückblick als gescheitert. Ihre Organisationsstruktur wurde von maßgeblichen Kräften – Parteien und Persönlichkeiten – als zu lose und ineffizient betrachtet. Hinzu kam die Unterscheidung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien, wobei die Letztgenannten in der EUCD ausgeschlossen blieben. Der Wunsch nach einer Verbreiterung oder Vergrößerung des Parteienspektrums bedeutete allerdings nicht nur eine Steigerung der Effizienz bzw. zahlenmäßige Untermauerung eines politischen Anliegens, sondern auch mitunter überdurchschnittliche Steigerung der Probleme. Blieben Probleme der italienischen Partei DC beispielsweise Parteienvertretern der Skandinavier nicht fremd?

Ja, es ist unbestritten, dass eine Parteienkooperation so wie jede Politik sehr viel Geld nötig hat, um zu bestehen. Die Deutschen hatten sehr viel Geld, ebenso die Italiener. Wo sie das herbekommen haben, weiß ich nicht. Die Deutschen und die Italiener hatten es ganz einfach. Sie hatten aber auch einen anderen Umgang mit Geld, wenn ich das so sagen darf. In Österreich lief hier vieles anders, etwas verhaltener, sparsamer. In Österreich gab es damals bekanntlich noch keine Politische Akademie. Diese wurde erst 1973/74 gegründet. Es gab die Regelung, der Generalsekretär kümmert sich um das. Peter Diem ist hier an dieser Stelle neuerlich zu nennen.

Wir haben also versucht, die internationale Arbeit systematisch zu erfassen, mit System voranzutreiben. Allerdings muss man auch sagen, auf die aktuelle Politik, auf die praktische Politik des Generalsekretariats hatte dieser Aspekt keine Auswirkungen gehabt. Es war etwas, das man quasi nebenher gemacht hat. Das hat sich eigentlich erst geändert, als Österreich 1978 der EDU beigetreten war. Aber das war freilich nach meiner Zeit als Generalsekretär der ÖVP, allerdings war ich damals noch Bundesparteibmann-Stellvertreter. Ich habe die internationale Arbeit noch in einer sehr schwach institutionalisierten Zeit erlebt. Und man muss es sagen: Vieles war damals schlicht auf Einzelinitiativen aufgebaut gewesen. Wem es ein Anliegen war, der fand schon Mittel und Wege, um sich mit Parteien aus dem Ausland zu koordinieren.

Wem es kein Anliegen war, der hatte sich zuhause auch nicht zu rechtfertigen, weil man ohnehin in dieser Hinsicht nichts von ihm erwartete.

Ich möchte die Namen Josef Klaus, Karl Schleinzer, Josef Taus und Alois Mock ansprechen, in deren Umfeld der Parteiführung Sie – wenngleich in unterschiedlicher Intensität – nahe standen bzw. von 1971 bis 1975 als Generalsekretär selbst eine Schlüsselverantwortung übernahmen. Alle vier ÖVP-Bundesparteiobmänner prägten die Partei in einer besonderen historischen Phase. Welche Schwerpunkte setzten diese vier Personen hinsichtlich der internationalen Parteienzusammenarbeit bzw. der europäischen Integration?

Bis 1969 habe ich eigentlich nur im Rahmen des ÖAAB gearbeitet. Dann bin ich in den Nationalrat gekommen und bereits nach zwei Jahren Generalsekretär des ÖAAB geworden. Das war selbstverständlich auch ein Ergebnis der Bünde-Balance. Nachdem Karl Schleinzer als ÖVP-Bundesparteiobmann Mitglied des Bauernbundes war, reklamierte der ÖAAB mich zum Generalsekretär der Partei. Und erst seit damals bin ich eigentlich wirklich in der „Parteiführung“ gewesen. Ich bin im Übrigen aus dem ÖVP-Bundesparteivorstand nicht 1976 ausgeschieden, auch nicht während der Zeit als ich nicht mehr Generalsekretär der Bundespartei war. Ich war vom Bundesparteitag gewählt und später dann als ÖAAB-Obmann im Bundesparteivorstand. Erst dann ist mein Mandat ausgelaufen. Ich war gleichsam ein „Längstdiener“ im Bundesparteivorstand. Ich betone das deshalb so, weil ich durchaus berechtigt bin, Entwicklungen der Partei, innen- und außenpolitischer Dimension, über einen langen Zeitraum zu beurteilen. Was die Beurteilung nun der Bundesparteiobmänner betrifft, so kann ich erst bei Schleinzer beginnen. Ideologisch war Karl Schleinzer nicht besonders engagiert. Bezeichnenderweise wurde die Partiereform nach der – zweiten – Wahlniederlage 1971 nach einem eher unüblichen Schlüssel bzw. Aufgabenverteilung durchgeführt. Während Schleinzer es übernahm, die Partei hinsichtlich der statutarischen Erneuerung zu öffnen und zu erneuern, war es meine Aufgabe, die programmatische Reform der Partei durchzuführen. Das war im Grunde genommen vollkommen verkehrt. Ich war federführend bei der Vorbereitung zum „Salzburger Programm“ wie den „Plänen zur Lebensqualität“, während sich Karl Schleinzer um die Reform der Statuten kümmerte. Schleinzer war auf keinen Fall ein ideologischer Denker. Er war in seiner Gesinnung fest, doch ich kann mich an zahlreiche Gespräche erinnern, wo ich ihn – freilich ganz zivil und behutsam – auf Fehlmeinungen aufmerksam machen musste. Schleinzer war davon

überzeugt, dass er aus dem nationalen Lager, dem sogenannten „Dritten Lager“, eine zusätzliche Stütze und längerfristige Stärke für die ÖVP machen könnte. Die Nationalen wollte er der ÖVP zuführen. Damit sollte die ÖVP größer, breiter werden. Wenn Kreisky um die Nationalen offen buhlte, weshalb – so Schleinzer – sollte dies nicht auch die ÖVP machen? Für mich jedoch war das vollkommen uninteressant. Ideologisch waren wir also etwas anders orientiert. Es gab auch mehrere ÖVP-Abgeordnete aus dem nationalen Lager wie Ernst Strachwitz¹³³ und Felix Ermacora¹³⁴, das waren die deklarierten Nationalliberalen. Die wurden von Schleinzer bei zahlreichen Gelegenheiten gepusht. Für das christlich-soziale Element der Volkspartei hatte Schleinzer im Grunde wenig gefühlt. Allerdings galt für ihn die sprichwörtliche Libertas in dieser Frage. Er hat das „Salzburger Programm“ in der Form, wie ich es damals gemeinsam mit Karl Pisa¹³⁵ vorbereitet hatte, ohne Einwände akzeptiert. Und immerhin hatte das „Salzburger Programm“ ja doch einen starken christlich-sozialen Kontext. Aber Schleinzers Herz war eindeutig weiter rechts. Josef Taus, der nach Schleinzers Unfalltod ÖVP-Obmann wurde, ist ein interessanter Fall. Taus war gemeinsam mit Herbert Schambeck¹³⁶, auch mir und anderen, im Karl Kummer-Institut, gleichsam einem sozialpolitischen Thinktank, engagiert. Doch Josef Taus ist politisch sehr schwer einzuordnen. Auf der einen Seite hat er wirklich das große „C“ auf der Stirn eingraviert gehabt. Andererseits war er aber doch mehr ein ausgesprochener Machertyp. Das hohe „C“ war die Grundmelodie. Daneben hat er aber noch andere Melodien gespielt. Die war sehr stark wirtschaftsorientiert. Dann gab es auch ein gewisses sozialpolitisches Interesse, das ihm wichtig war. In der Praxis der Politik war er jedoch ein Mann der Wirtschaft. Schließlich setzte Taus diesen Weg ja dann auch fort. Taus war ein fähiger Mann, ist es bis heute geblieben. Doch Taus war kein sozialpolitischer Visionär. Er war pragmatisch, doch Visionen hatte er keine. Andererseits hat er immer sehr kritisch Fehlentwicklungen aufgezeigt. Er hatte nicht die Fähigkeit, seine Politik der Bevölkerung, den Menschen draußen, sichtbar zu machen. Seine Auftritte im Fernsehen vermittelten nicht die notwendige Vision

133 | Ernst Strachwitz (1919–1998), österreichischer Politiker der ÖVP, 1949–1953 Mitglied des Nationalrats.

134 | Felix Ermacora (1923–1995), österreichischer Völkerrechtler und Politiker der ÖVP.

135 | Karl Pisa (geb. 1924), österreichischer Politiker der ÖVP, 1961–1967 Pressreferent seiner Partei.

136 | Herbert Schambeck (geb. 1934), österreichischer Rechtswissenschaftler und Politiker der ÖVP, 1988, 1992 und 1997 Präsident des Bundesrates.

einer christlich-sozialen Politik in einer Art, dass die Menschen sie annehmen konnten. Er war ein stark theoretisch geprägter Mensch. Und in diesem Sinne verstand er auch die internationale Politik, die Europapolitik. Und Europa hatte damals – wie auch heute – etwas mit Gefühl, mit emotionaler Politik zu tun. Seine Schwierigkeit hatte er freilich auch im Umgang mit dem „Medienkanzler“ Bruno Kreisky. Taus hatte sich bewusst nicht in die Niederungen der politischen „Ochsentour“ begeben. Man lernt als Politiker in hunderten, tausenden Begegnungen mit Menschen, wie man politisch argumentieren muss. Taus hatte immer ein sehr rationales Zeitbudget. Was ihm nicht unmittelbar etwas gebracht hat, das hat er nicht gemacht. Ja, er war eben auf einer intellektuellen Ebene beheimatet. Während wir uns in den Betrieben, in den Schulen etc. die Sorgen der Leute angehört haben, war das für Josef Taus nicht wirklich wesentlich. Er hatte stattdessen zumeist etwas Wichtigeres zu tun.

War die internationale Arbeit für Taus wichtig?

Nein, überhaupt nicht. Schleinzer war hier anders, der ließ zumindest Andersdenkende gewähren. Selbst dann, wenn er nicht mit einer Sache hundertprozentig einverstanden war. Wenn Karl Schleinzer im Vorstand eine Stimmung „pro“ gefühlt hat, er selbst „kontra“ war, dann ließ er es dennoch zu. Josef Taus war hier vollkommen anders.

Wie war in Ihrer Beobachtung Alois Mock? Er war der Politiker innerhalb der ÖVP, der außenpolitische Schwerpunkte setzen wollte und auch konnte. Mock war immerhin Diplomat.

Bei Alois Mock möchte ich mit einer generellen Feststellung beginnen, die alle Politikfelder betrifft. Mock hatte stets ein hohes soziales Ethos vertreten. Er hat nicht zuletzt aufgrund seines eigenen, persönlichen Werdegangs – er spricht perfekt Englisch, Französisch, Italienisch – über Grenzen hinweg internationale Kontakte gepflegt und Freundschaften geknüpft. Er wurde auch im Ausland immer als integrier, moralisch korrekter Mensch eingestuft. Alois Mock hatte nur eine wirkliche Schwäche, die ihm aber oftmals in der Innen-, aber ich glaube sagen zu dürfen auch in der Außenpolitik, große Schwierigkeiten bereitet hat. Mock war extrem konfliktscheu. Das hat ihn manchmal in seinen Aktivitäten, auch in der Umsetzung seiner Visionen – die er zweifellos hatte – sehr gehemmt. Er hatte einen Arbeitseinsatz, der wirklich unvorstellbar war. Wenn bei uns um Mitternacht oder um sechs Uhr früh das Te-

Iefon geläutet hat, dann wusste ich, der Alois ist es. Mock hatte einen Fleiß, einen Einsatz, eine Ausdauer, die unvorstellbar sind. Wahrscheinlich hat er letzten Endes auch seiner Gesundheit damit furchtbar geschadet und möglicherweise seine Abwehrkräfte durch seinen Arbeits-einsatz folgenschwer geschwächt. „Abschalten“ war für Alois Mock ein Fremdwort. Wenn er wo auf Urlaub war, dann besuchte er Politiker, den Bürgermeister ohnehin. Auch seine Auslandsreisen liefen derart ab. Urlaub war für Alois Mock zu einem großen Teil Kontaktpflege. Dann war es im Ausland eben kein Bürgermeister, sondern ein Parteiführer der Italiener, ein Ministerpräsident der Deutschen oder ein Europaabgeordneter der Franzosen. Mock gilt für mich als ein Musterbeispiel für einen fanatischen Arbeiter. Sowohl Mock im ÖAAB als auch Schleinzer in der Bundespartei haben mir gegenüber Freiräume eingeräumt. Demnach hatte ich eine gewisse konzeptionelle Überlegenheit, was jetzt z. B. die soziale Gestaltung des Parteiprogramms betraf. Das ist für einen Generalsekretär grundsätzlich wesentlich. Karl Schleinzer und Alois Mock wussten um die Bedeutung von politischen Strömungen: Welche Mitbestimmungsfragen sind für die Partei, für das Land zeitgemäß? Was wollen die Menschen? Was erwarten die Menschen von uns? Im Bereich der Ideengeschichte haben dann doch beide gerne und oft auf meine Einschätzungen und Erfahrungen zurückgegriffen. Sie wussten, „hier kennt sich der Herbert Kohlmaier aus“. Erhard Busek als mein Nachfolger als Generalsekretär war hier ein Problem. Das begann schon damit, dass wir einander persönlich nicht sonderlich gemocht haben. Ich habe an Busek immer kritisiert, dass er die Partei stets gespalten hat: Gespalten in leidenschaftliche Anhänger, die ihm total ergeben waren und in eine ebenso leidenschaftliche parteiinterne Opposition. Dazwischen gab es nichts. Busek hatte bestimmt seine großen Meriten, doch er konnte nicht zusammenführen. Es war vor allem die intellektuelle Überheblichkeit von Busek, die zahlreiche ÖVP-Sympathisanten störte. Aber wir haben einander respektiert. Das war es. Hinsichtlich der Bedeutung der internationalen Parteizusammenarbeit kann ich zu Erhard Busek nur sagen: Das war ihm eher gleichgültig. Möglich, dass er es später, auch in seiner Zeit als Bundesparteiobmann in den 1990er Jahren, anders auffasste oder anders praktizierte. Als Generalsekretär in den 1970er Jahren kam von ihm kaum ein Impuls.

Sie selbst waren langjähriger Vorsitzender der sozialpolitischen Kommission innerhalb der EUCD und verfolgten eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft, die damals wie heute im Gegensatz zu einer zentralen Staatswirtschaft stand und steht. Erst durch diese

Rahmenbedingungen wären in Europa gerechte Sozialordnungen möglich. Wirtschafts- und Sozialpolitik müssten in harmonischer Übereinstimmung gestaltet sein. Hat sich Ihrer Meinung nach die europäische Christdemokratie zu sehr zum Fürsprecher der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Interessen gemacht? Die europäische Sozialdemokratie scheint die sozialpolitischen Forderungen diktiert zu haben, während die Forderungen der Wirtschaft von den Christdemokraten in der Politik umgesetzt wurden.

Das Problem der ÖVP war hier in diesem Bereich ein grundsätzliches – ein Problem übrigens, das Alois Mock auch immer erkannt hat. Mock war einer derjenigen Parteiobmänner, die sich dafür eingesetzt haben, dieses Problem zu entschärfen oder dass es ganz anders wird. In der ÖVP galt die staatspolitische Arbeitsteilung, für Soziales ist die SPÖ zuständig, aber in der Wirtschaftspolitik die ÖVP. Jeder soll den anderen die Oberhoheit seines Bereiches nicht streitig machen. Und selbstverständlich galt diese Trennlinie auch für die internationale Arbeit und somit auch für die Parteienzusammenarbeit. Für maßgebliche Kreise der ÖVP war der ÖAAB so eine Art Alibiorganisation, damit die ÖVP für Arbeitnehmer halt auch wählbar ist. Das war eine deutliche Front in der ÖVP. Aber wir hatten auf der ÖAAB-Seite eine große Stärke. Die Wirtschaftsleute waren ideologisch vollkommen unbedarft. Ihrer Meinung nach hatte Ideologie ohnehin einen negativen Beigeschmack. Der Wirtschaftsflügel wollte nur eines: dass die Wirtschaft floriert und nicht gestört wird von „naiven Sozialphantasten“. Und das haben wir, die wir im ÖAAB ein solides ideologisches Fundament hatten, taktisch oftmals ausnützen können. Wenngleich der ÖAAB von der Industriellenvereinigung oder vom Wirtschaftsbund immer misstrauisch beäugt wurde. In deren Augen waren die Arbeitnehmervertreter lästige Störenfriede. Es gab eine spürbare Achse von Wirtschaftsbund, Gewerkschaftsbund und sozialistischer Partei. Die war einflussreich und spürbar. Das Ganze funktionierte nach dem Motto, leben und leben lassen. „Ihr macht eure Wirtschaft und wir unsere Sozialpolitik.“ Somit war der ÖAAB ein unangenehmer Störfaktor. Es war das eine Balance, die man etwas beschönigend Sozialpartnerschaft genannt hat. Die Bundespartei war hier nicht wirklich eine große Hilfe.

Es war dann wirklich erst Alois Mock, der als ÖVP-Obmann diesen Missstand – ich nenne ihn so – offensiv angegangen ist. Hier herauszukommen, das war in den 1970er Jahren extrem schwierig. Es ging auch nur schrittweise. Aber – und das ist im Zusammenhang mit dem Thema

internationale Parteienzusammenarbeit von Bedeutung: Durch die internationale Arbeit gelang es, Wege, Verbündete und Koalitionen zu finden, die aus diesem starren Besitzdenken auszubrechen halfen. Zunächst gab es einmal die christlich-sozialen Arbeitnehmer. Das war eine Teilorganisation der EUCD. Die hatte zwar in der realen Machtpolitik keine Bedeutung, doch sie war wenigstens vorhanden. Sie war eine Bühne, die dem internationalen Meinungsaustausch diente. Alleine durch die Existenz dieser internationalen Arbeitnehmerorganisation gewannen wir eine gewisse Selbstständigkeit, zumindest Selbstvertrauen und psychologische Stärke. Bei der Wahl zum Klubobmann im Jahre 1978 standen sich Alois Mock und Robert Graf¹³⁷ gegenüber. Mock, ein Mann des ÖAAB, und Graf, ein Vertreter des Wirtschaftsbundes. Zugespitzer konnte die innerparteiliche Interessenslage nicht dargestellt werden. Als sich schließlich Mock gegen Graf durchsetzte, war es für den Wirtschaftsbund eine harte Niederlage. Eine richtige schallende Watschen. Für den Wirtschaftsbund war das ein Schritt in Richtung einer Verwässe rung, einer Verfälschung der ÖVP. Das hat sich in den folgenden Jahren allerdings gebessert. In den 1980er Jahren wäre eine solche Zuspitzung nicht mehr so leicht möglich gewesen. Ab diesem Jahrzehnt war es dann nicht mehr so eine Überraschung, arbeitnehmerfreundliche Wirtschaftsleute zu treffen, wie noch zehn Jahre zuvor. Das führte dann auch dazu, dass ich beispielsweise – nachdem ich im Parlament öfter der SPÖ in Wirtschaftsfragen gekontert habe – von Vertretern des Wirtschaftsbundes als Redner etc. sehr geschätzt wurde. Das ist meines Erachtens auch eine sinnvolle und verantwortungsbe wusste Politik: nicht stor Interessenspolitik zu machen, sondern die Politikfelder zu integrieren. Die Wirtschaft braucht die Sozialpolitik und die Sozialpolitik braucht die Wirtschaft. Die Arbeitnehmer haben das früher als die Wirtschaftstreibenden verstanden und akzeptiert. Ich erinnere mich an eine Arbeiterkammerwahl, da haben wir bei den Angestellten bundesweit die Mehrheit gehabt. Heute unvorstellbar. Also die Leute haben unseren Einsatz sehr wohl honoriert. Die Linie des ÖAAB – ich darf das sagen, ich habe diese Linie entscheidend mitbestimmt – war also richtig. Das war ein Umstand, der hat schließlich auch bei den Wirtschaftsleuten zu einem Umdenken geführt, „der Kohlmaier und der ÖAAB, die machen das gar nicht so falsch. Im Grunde machen sie es sogar richtig.“

137 | Robert Graf (1929–1996), österreichischer Politiker der ÖVP, 1987–1989 Wirtschaftsminister seines Landes.

Wieder zurück zur internationalen Kooperation: Welchen Stellenwert hatten zu Ihrer Zeit als Generalsekretär die Parteidiplomaten in der ÖVP? Man denkt hier an Namen wie Kurt Fiedler, Franz Karasek und andere. Waren sie durch Parteidirektiven sehr stark eingeengt oder hatten sie Freiräume in der Gestaltung ihrer Aktivitäten?

Zunächst einmal, Kurt Fiedler war bedeutungslos. Fiedler war einer jener Diplomaten, für die Außenpolitik reine Selbstdarstellung war. Leider gab und gibt es davon in der politischen Landschaft zahlreiche. Wenn ich mit Fiedler im Ausland war, dann hat sich Fiedler nur darum gesorgt, ob der österreichische Botschafter ein ordentliches Programm zusammengestellt hatte. Er hat einmal einem Botschafter einen Wirbel gemacht, weil ihm dieser nicht sein Auto mit der österreichischen Flagge geschickt hat. Für solche Diplomaten war alles ihrem Prestige unterzuordnen. Alles. Das Wichtigste war ihm, anerkannt zu werden und im Mittelpunkt zu stehen. Franz Karasek war ein seriöser, gescheiter Mensch, in seiner Denkweise durchaus auf unserer Linie. Karasek war ein Berufsdiplomat und das hat man in allem gemerkt. Er hat gewusst, welche Kontakte wichtig sind und wie diese wiederum sinnvoll zu pflegen sind. Er war unserer Parteilinie gegenüber sehr aufgeschlossen. Mit Karasek gab es keine Probleme und ich denke sehr gerne an die Zusammenarbeit zurück.

Die bundesdeutsche Unterstützung in maßgeblichen Fragen der europäischen Zusammenarbeit – nicht erst seit Helmut Kohl, aber freilich in einem sehr engen und freundschaftlichen Charakter seit Kohl CDU-Vorsitzender war – ist bekannt. Diese Unterstützung wurde von manchen auch als Abhängigkeit definiert. Unbestritten blieb aber, dass sich dadurch die Möglichkeiten der ÖVP erweiterten. Wie haben Sie diese österreichisch-deutsche Zusammenarbeit empfunden?

Ich möchte mit einer mir wichtigen Feststellung beginnen: Die Deutschen waren uns Österreichern gegenüber nicht überheblich. Im Gegenteil. Die Deutschen sagten uns immer wieder: „Ihr Österreicher habt sehr gute Ideen.“ Also ich persönlich – ich denke wirklich, dass ich das sagen darf – war bei den Deutschen, egal ob CDU oder CSU, von meiner Gesinnung und meinem Auftreten her durchaus angesehen. Wir waren nicht die kleinen Österreicher, sondern wir waren akzeptierte Politiker, die sich engagieren, und die sich etwas trauen. Das war es. Wir waren im Vergleich zu manchen Großen unbefangener. Wir mussten nicht Rücksicht nehmen, was die Franzosen denken oder was die

Italiener bei diesem oder jenen Thema empfinden. Wir haben uns aber keineswegs an den Deutschen aus Prinzip orientiert. Aber freilich haben wir oftmals probiert, eine Achse Wien-Bonn bzw. Wien-München zu schmieden. Im Rückblick muss ich aber sagen, diese Achse ist uns umso leichter gefallen, als dass wir mit den Deutschen nicht aus taktischen Gründen, sondern ganz ehrlich und ohne Vorbehalte einer Meinung waren. Es war eine echte und gesunde Partnerschaft, in der wir gleichwertig waren. Ich sage nicht gleichrangig, das ist Unsinn, sondern gleichwertig. Ich finde, unter Freunden ist das eine tolle Sache. Nur auf dieser Basis konnten wir beide, die Deutschen und wir Österreicher, tatsächlich viel bewegen.

Unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten bewirkten immer wieder Krisen innerhalb der EUCD, der EVP und der EDU. Wie konnte ein ÖVP-Spitzenpolitiker, damals auch an der Nahtstelle zwischen Partei und internationaler Struktur, zwischen diesen Blöcken vermitteln? Was die Frage aufwirft: Wie wichtig war die „persönliche Chemie“ in den transnationalen Parteienkooperationen?

Nur ein Wort: Es war sehr wichtig. Aber ich möchte bei dieser Frage gleich ein wenig ausholen, gleichsam von der „Chemie“ zur „Ideologie“. Die Bearbeitung politischer Grundsatzfragen hat man sehr lange als „Spielwiese“ oder „Beschäftigungstherapie“ für manche in der Partei betrachtet. Hier wirkte die Mentalität von Funktionären, die machtpрагmatisch dachten und denen vor allem ihre Interessenwahrung via Sozialpartnerschaft das Allerwichtigste war. Die Sozialpolitiker in der Partei hatten aber immer schon ein Gespür dafür, dass es europaweit große Bewegungen gab, die um die Balance zwischen Sicherheit, Wirtschaft, Lebensqualität und der Entwicklung einer partnerschaftlichen Gesellschaft rangen. Überall war sozialistischem Machtdenken und der unrealistischen Perspektive einer „Klassengesellschaft“ entgegenzutreten. Was Christdemokraten hier im Lauf von Jahrzehnten erarbeiteten, floss schließlich in die Grundsätze der EU ein. Dazu haben wir uns auch sehr bemüht, einen Beitrag zu leisten.

Welche Chancen und Möglichkeiten ergaben sich überhaupt für eine christdemokratische Kooperation vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts, der Wirtschaftskrise der frühen 1970er Jahre sowie des linksextremen Terrorismus, der besonders Italien und die Bundesrepublik Deutschland im Würgegriff hielt?

Wir haben uns bei diesen Fragen als Vertreter eines neutralen Staates immer ein wenig abseits gestellt und wurden von den europäischen Freunden in dieser Hinsicht wohl auch so gesehen. Denn vieles, das in christdemokratischen Foren besprochen wurde, war doch sehr NATO-orientiert. Alleine über die Partnerschaft mit den USA haben sich zahlreiche westeuropäische Staaten und somit auch Parteien definiert. Das haben wir akzeptieren müssen. Aber ich muss auch sagen. Es ist uns nicht schwer gefallen. Das waren nicht unsere unmittelbaren Sorgen. Natürlich waren wir als demokratische Gesellschaft in Westeuropa eingebunden. Jedoch diese Feinabstimmungen mit den USA in allem und jedem wollten wir gar nicht an uns herankommen lassen. Das hat uns nicht interessiert. Wenn das thematisiert wurde, dann sind wir still gewesen. Andererseits hat man uns vieles zugetraut, was sich manche Partner im Westen selbst nicht zugetraut haben. Wir galten als diejenigen, die sich 1955 aus einer sowjetischen Besatzung „herausgeschummelt“ haben. Wir standen aber auch im Ruf, verbindlich zu sein und auch verbinden zu können. Scheinbar war das noch ein Ruf aus Zeiten der Monarchie, „die Österreicher“ können mit den Völkern des Ostens genauso reden wie mit westlichen Völkern. Und mit uns wird auch umgekehrt geredet. Dass wir nicht in diese Ost-West-Konfrontation eingebunden waren, hat uns freilich teilweise zu einem Türöffner gemacht. Das Bedrohungsgefühl war bei den Deutschen ja viel, viel stärker entwickelt als bei uns. Sie haben auf politischen Druck ganz anders reagiert als wir es getan haben. Die sind sofort in eine Abwehrhaltung gegangen und haben zurückgeschlagen. Das war uns gänzlich fremd. Wir waren somit auch in Verhandlungen „belastbarer“. Die NATO-Staaten, vor allem die Deutschen, hatten immer Angst vor dem Verlust der Sicherheit, innen und außen. Das war das zentrale Motiv ihrer Politik. Sie waren um einiges misstrauischer als wir. Was sie nicht gleich verstanden oder akzeptieren konnten, dahinter vermuteten sie stets eine Infiltration oder zumindest eine Schwächung ihrer Position. Dieses Misstrauen kannten wir nicht. Das hatte einen ganz großen Stellenwert in der deutschen Politik. Man war Verbündeter der USA in diesem globalen „Kampf“. Und man war stolz darauf, hier an vorderster Front zu stehen. Auch wenn ich glaube, dass sie uns manchmal beneidet haben.

Gab es nicht innerhalb der europäischen Christdemokraten eine „Zweiklassen-Gesellschaft“? Jene, die Mitglied in der EWG/EG waren, und die anderen, die als Mitglieder der EFTA offensichtlich nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch in der zweiten Reihe standen? Erst recht nach der Gründung der EVP 1976?

Ja, das war tatsächlich so, auch wenn man uns das möglichst nicht spüren lassen wollte. Aber uns war ohnedies klar, dass der Tag kommen würde, wo wir Vollmitglieder werden.

Eine Frage, die das demokratische Selbstverständnis aller Parteien betreffen muss und zugleich die reale Macht der Parteisekretariate hinterfragt: Wie weit trägt eine Partei im Rahmen einer internationalen Parteienkooperation zur Demokratisierung bei, wenn entscheidende Persönlichkeiten in keinerlei Weise legitimiert und dennoch Machtfaktoren in der europäischen Politik waren?

Dies ist wirklich eine Grundsatzfrage, die sich bis heute als Misstrauen gegen die EU-Bürokratie zeigt. Ich beklage, dass sich der demokratische Prozess von der Bevölkerung bis hin zur Regierung als unzureichend erweist, was die Entscheidung von Fragen auf europäischer Ebene betrifft. Hier ist noch viel nachzuholen. Es war aber immer so und gilt auch heute: Wenn man auf internationaler Ebene eine Lösung – meist einen Kompromiss – erstritten hat, kann der allzu leicht von denen wieder zusammengehauen werden, die den Werdegang und die Notwendigkeiten nicht kennen. Was mich auch zu der Frage führt, weshalb sich die Publizistik bisher so wenig mit der Geschichte der Christdemokratie mit Blick auf ihre transnationale Parteienkooperation befasst hat. Die Medien sehen hier nichts, was Aufmerksamkeit erwecken und die Auflagen steigern könnte, auch wissen die meisten Redakteure davon einfach zu wenig, um ordentlich zu recherchieren und zu berichten. Da setzt man sogar eher auf dumpfe Vorurteile, mit denen man Emotionen erwecken kann. Im Bereich der politischen bzw. zeithistorischen Wissenschaft habe ich allerdings nicht den Eindruck, dass das Thema vernachlässigt wird. Ich finde daher auch die hier stattfindende Befassung im Rahmen des bearbeiteten Projekts „Transnationale Parteienkooperation“ als wichtig und weiterführend.

Eine Frage, die weniger historische, sondern vielmehr aktuelle Bezüge hat: Warum sind „europäische Parteien“ in der EU immer noch so unausgereift?

Ich denke, weil es noch keine ausreichende, im Sinne von: für das Volk „spürbare“, Erfahrung gibt und das Thema – darüber haben wir schon gesprochen – in der Parteiarbeit und in der öffentlichen Wahrnehmung einen viel zu geringen Stellenwert hat.

Vielen Dank für das Gespräch.